

Beilage Nro. 1 : 1850

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern**

Band (Jahr): - **(1850)**

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tagblatt

des

Großen Rathes des Kantons Bern.

Beilage No. 1. — 1850.

Entwurf eines Gesetzes

über
Abberufung der Beamten.

Der Große Rath des Kantons Bern,
in Ausführung des Artikels 18 der Staatsverfassung,
auf den Vortrag des Regierungsrathes,
verordnet:

Art. 1.

Kein Beamter und Angestellter des Staates kann von seinem Amte entsetzt oder entfernt werden, als durch ein richterliches Urtheil. (§. 18 der Staatsverfassung.)

Art. 2.

Die Entfernung öffentlicher Beamter oder Angestellter von ihrem Amte tritt ein entweder als Nebenbestimmung eines Strafurtheils oder als selbstständige Verfügung. Im erstern Falle heißt sie Entsetzung, im letztern Abberufung.

Art. 3.

Jedes peinliche Strafurtheil, welches gegen einen öffentlichen Beamten oder Angestellten ergeht, zieht für denselben die Amtsentsetzung nach sich. In Polizeistraffällen tritt die Entsetzung nur da ein, wo das Gesetz ein Vergehen ausdrücklich damit bedroht hat.

Art. 4.

In allen gegen öffentliche Beamte oder Angestellte ausgefallenen peinlichen Strafurtheilen, ebenso in denjenigen polizeilichen Strafkenntnissen, welche nach Art. 3 die Amtsentsetzung zur Folge haben, soll dieselbe im Urtheile ausdrücklich verfügt werden.

Art. 5.

Die bloße Abberufung von einer Beamtung oder Anstellung wird nicht als Strafe angesehen.

Art. 6.

Die Abberufung öffentlicher Beamter oder Angestellter steht ausschließlich dem Appellations- und Kassationshofe zu.

Art. 7.

Die Abberufung findet statt theils wegen bestimmter, theils wegen unbestimmter Gründe. Bestimmte Abberufungsgründe sind diejenigen Thatfachen, an welche das Gesetz ausdrücklich die Folge der Entfernung vom Amte knüpft, ohne eine Strafe damit zu verbinden. Als unbestimmter Abberufungsgrund ist jede Thatfache zu betrachten, welche einen öffentlichen Beamten oder Angestellten als unfähig oder unwürdig erscheinen läßt, sein Amt ferner mit Erfolg zu bekleiden.

Art. 8.

Die Abberufung erfolgt nur auf einen Antrag derjenigen Behörde, unter deren Aufsicht der betreffende Beamte oder Angestellte steht. Der Abberufungsantrag soll schriftlich geschehen, unter Angabe der Thatfachen, auf welche derselbe sich gründet, und von den erforderlichen Belegen begleitet werden. (§. 18 der Staatsverfassung.)

Art. 9.

Stützt sich der Antrag auf einen bestimmten Abberufungsgrund, so hat der Appellations- und Kassationshof seinem Entscheide bloß die Ermittlung der betreffenden Thatfache vorangehen zu lassen und, sobald dieselbe amtlich hergestellt ist, die Abberufung sofort zu verhängen.

Art. 10.

Liegt kein bestimmter Abberufungsgrund vor, so kommt dem angefochtenen Beamten das Recht der Vertheidigung zu. Zu dem Ende hat der Präsident des Appellations- und Kassationshofes demselben Mitteilung vom Antrage nebst allen zu Grunde liegenden Akten, oder, wenn dieß unthunlich erscheint, wenigstens Einsicht davon im Sekretariate des Gerichtes zu gewähren und ihm zugleich eine Frist von höchstens 20 Tagen zu bestimmen, zur Abgabe seiner Verantwortung, welche schriftlich zu geschehen hat.

Art. 11.

Ist die Verantwortung eingelangt, oder die festgesetzte Frist unbenutzt verstrichen, so ordnet das Gericht die ihm allfällig nöthig scheinende weitere Untersuchung an und fällt, wenn diese Verhandlungen beendigt sind, ohne weiteres seinen Entscheid.

Art. 12.

Ueber unbestimmte Abberufungsgründe urtheilt das Gericht lediglich nach moralischer Ueberzeugung.

Art. 13.

Die Behörde, welche das Aufsichtrecht über einen Beamten oder Angestellten und infolge dessen das Recht zur Beanttragung seiner Abberufung hat, ist auch befugt, bis zum Entscheide des Gerichts dessen Einstellung und provisorische Festsetzung zu verhängen.

Art. 14.

In gleicher Weise ist die zuständige Behörde berechtigt, wenn ein Beamter oder Angestellter sich eine polizeiliche Strafe ohne Amtsentsetzung zugezogen hat, nachträglich auf dessen Abberufung anzutragen, wenn sie glaubt, daß das ermittelte Vergehen die Natur eines unbestimmten Abberufungsgrundes an sich trage.

Art. 15.

Alle Anträge auf Abberufung, über welche im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht endlich verfügt ist, sind nach demselben zu erledigen und zu dem Ende ohne Verzug an den Appellations- und Kassationshof zu übermitteln.

Art. 16.

Dieses Gesetz findet auch Anwendung auf Gemeindebeamte, aber ist ohne Beziehung auf bloße Staats- oder Gemeindebedienstete. Ebenso findet dasselbe keine Anwendung auf solche Angestellte der Gemeinden oder des Staates, über deren Dienstentlassung besondere Gesetze, Reglemente oder Dienstverträge etwas Abweichendes bestimmen.

Dasselbe tritt vom hinweg in Kraft.
Gegeben nach zweimaliger Beratung in Bern, den
Namens des Großen Rathes.
rc. rc.

Entworfen vom Regierungspräsidenten
Bern, den 8 Oktober 1850.

Gd. Blösch.

Vom Regierungsrathe genehmigt und mit Empfehlung vor
den Großen Rath gewiesen; — den 28. Oktober 1850.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,
Gd. Blösch.
Der Rathschreiber,
M. v. Stürler.

Gesetzesentwurf

über

die Verantwortlichkeit der öffentlichen Behörden und Beamten.

Der Große Rath des Kantons Bern,

in Ausführung des §. 17 der Staatsverfassung,
auf den Vortrag des Regierungsrathes,

beschließt:

A.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Jede Behörde, jeder Beamte und Angestellter ist für seine Amtsverrichtungen verantwortlich (§. 17 der Staatsverfassung).

§. 2.

Die Verantwortlichkeit besteht in der Verpflichtung zu treuer Erfüllung aller Obliegenheiten des Amtes oder der Anstellung, wie dieselben durch die Verfassung, die Gesetze, Verordnungen, Reglemente oder Instruktionen festgesetzt sind, und in der Haftung für allen aus der Verletzung dieser Pflichten erwachsenden Schaden.

§. 3.

Jede Behörde, jeder Beamte und jeder Angestellter ist sowohl gegen den Staat als gegen die Betheiligten verantwortlich.

§. 4.

Bei Behörden trifft die Verantwortlichkeit nur die einzelnen Mitglieder und wird durch die Theilnahme an der Geschäftsführung begründet. Bis zum Beweise des Gegentheils wird die Theilnahme der einzelnen Mitglieder an den Verhandlungen der Behörde vermuthet. Sämmtliche Theilnehmer an einer Schlußnahme oder Verfügung sind für dieselbe solidarisch verantwortlich.

§. 5.

Besteht die Pflichtverletzung in einem strafbaren Akte, so wird die Verantwortlichkeit auf dem Wege des Strafprozesses, wo dieß nicht der Fall ist, auf dem Wege der Beschwerdeführung und nach Umständen überdieß durch eine Civillage geltend gemacht. Beide Verfahren können überdieß eine Civillage zur Folge haben.

B.

Von der Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten für strafbare Widerhandlungen gegen ihre Amtspflichten.

§. 6.

Die Strafgesetze bestimmen den Thatbestand der besondern Verbrechen und Vergehen der Beamten und setzen ihre Strafen fest.

§. 7.

Die Verfolgung der Beamten und Angestellten für strafbare Widerhandlungen gegen ihre Amtspflichten geschieht nach

ten Formen und Vorschriften der Gesetze über das Strafverfahren, und ihre Beurtheilung fällt den Strafgerichten anheim.

§. 8.

Für gemeine Verbrechen und Vergehen genießen die Beamten und Angestellten keines Vorrechts. Sie unterliegen den gleichen Gesetzen, Formen und Strafen wie andere Staatsbürger.

§. 9.

Das Gesetz über die Abberufung öffentlicher Beamter bestimmt die Folgen strafgerichtlicher Erkenntnisse gegen Beamte und Angestellte hinsichtlich des Fortbestandes ihrer Beamtung.

C.

Von der Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten für nicht strafbare Widerhandlungen gegen ihre Amtspflichten.

§. 10.

Die Geltendmachung der Verantwortlichkeit öffentlicher Beamter und Angestellter für nicht strafbare Widerhandlungen gegen ihre Amtspflichten geschieht auf dem Wege der Disziplinaruntersuchung, und wird eingeleitet durch amtlichen Antrag derjenigen Behörde, deren Aufsicht der fehlbare Beamte unterworfen ist, oder durch Beschwerdeführung.

§. 11.

Soweit die Beschwerdeführung gegen gewisse Klassen öffentlicher Beamter oder Angestellter, wie z. B. die untergeordneten Gerichtsbeamten, durch besondere gesetzliche Vorschriften normirt ist, bleibt es bei diesen Vorschriften. Für alle übrigen Beamten und Angestellten geschieht die Beschwerdeführung nach den Bestimmungen der folgenden Paragraphen.

§. 12.

Wer gegen einen öffentlichen Beamten oder Angestellten oder gegen eine Behörde wegen irgend welcher Pflichtverletzung, die kein Verbrechen oder Vergehen enthält, klagen will, hat seine Klage schriftlich dem unmittelbaren Obern des Beklagten einzutragen.

§. 13.

Die Klageschrift soll mit Anstand und Mäßigung und der strengen Wahrheit gemäß abgefaßt, mit den allfälligen Belegen begleitet und von der klagenden Partei, so wie, wenn diese nicht selbst Verfasser ist, von demjenigen, welcher sie verfaßt hat, unterschrieben sein.

§. 14.

Kann der Beschwerdeführer nicht schreiben, so soll er dieses und die Wahrheit der in der Schrift enthaltenen Thatsachen vor zwei fähigen und unverwerflichen Zeugen erklären, welche darüber am Ende der Beschwerde eine Bescheinigung beizusetzen und diese durch ihre Unterschrift zu beglaubigen haben.

§. 15.

Für beleidigende und dabei wahrheitswidrige Anbringen der Beschwerdeschrift ist der Beschwerdeführer, für die Schreibart der Verfasser verantwortlich.

§. 16.

Die Beschwerde und allfällige Belege derselben sollen dem oder den Beklagten abschriftlich mitgeteilt oder zur Einsicht vorgelegt und ihre Verantwortung ebenfalls schriftlich mit den allfälligen Belegen abgefordert werden, wozu eine Frist von wenigstens zwei und höchstens zwanzig Tagen zu bestimmen ist.

§. 17.

Ist die Verantwortung eingelangt, oder die dafür bestimmte Frist unbenuzt verstrichen, so kann, wenn die Beschwerdeschrift

an den Regierungsrath oder an den Appellations- oder Kassationshof gerichtet war, diese Behörde, je nach Bewandniß des Falles, die Sache sofort entscheiden, oder zum erstinstanzlichen Entscheid an die betreffende Behörde verweisen oder endlich eine fernere Untersuchung anordnen und den Gang derselben bestimmen.

§. 18.

Ist hingegen die Beschwerde an einen andern unmittelbaren Obern der beklagten Behörde oder Beamtung gerichtet, so soll dieser Obere, je nach Bewandniß des Falles, entweder die Sache, wenn er dazu berechtigt ist, von sich aus entscheiden, oder von Amtes wegen ferner untersuchen, oder endlich bei der zuständigen obersten Verwaltungsbehörde (Regierungsrath oder Appellations- und Kassationshof) einfragen, welche dann nach §. 17 verfügen wird.

§. 19.

Wo nicht durch besondere Gesetze etwas Abweichendes vorgeschrieben ist, findet von jedem Beschwerdenscheide einer untergeordneten Behörde der Rekurs an die zuständige oberste Verwaltungsbehörde — Regierungsrath oder Appellations- und Kassationshof — Statt.

§. 20.

Zur Geltendmachung dieses Rechts steht sowohl der beklagten Behörde oder Beamtung, als der klagenden Partei, eine Frist von zehn Tagen, von der Eröffnung des Entscheides hinweg, zu. Der Rekurs wird durch die einfache Erklärung, daß die Sache vor die obere Behörde gezogen werde, ergriffen; worauf die Akten ohne weitere Verhandlung von Amtes wegen an die Letztere eingeschendet werden.

§. 21.

Die oberste Behörde kann nach Empfang der Akten sofort entscheiden, oder wenn sie es nöthig findet, nach §. 17 eine fernere Untersuchung anordnen.

§. 22.

Findet die Behörde, welcher eine Beschwerde gegen eine andere Behörde oder Beamtung eingereicht worden ist, daß die Erledigung derselben nicht ihr zustehe, so hat sie die Sache von Amtes wegen an die kompetente Stelle zu weisen. Ueber allfällige Kompetenzkonflikte zwischen untergeordneten Behörden der administrativen oder richterlichen Gewalt entscheidet die zuständige oberste Verwaltungsbehörde, über Kompetenzkonflikte zwischen dem Regierungsrathe und dem Obergerichte oder dem Appellations- oder Kassationshofe der Große Rath. (§. 27 II. litt. e. der Staatsverfassung.)

§. 23.

Wenn eine Behörde, kraft ihres Aufsichtsrechts über eine andere Beamtung, diese höhern Orts vertheidigen muß, so soll auf die gleiche Weise verfahren werden, bloß mit dem Unterschied, daß anstatt einer Beschwerde eine Anzeige eingegeben wird.

§. 24.

Die oberste Aufsichtsbehörde — Regierungsrath oder Appellations- und Kassationshof — kann, auch ohne daß eine Beschwerde oder Anzeige einlangt, über jede ihr untergeordnete Behörde oder Beamtung, welche sie einer Pflichtverletzung schuldig glaubt, von sich aus die nöthig scheinende Untersuchung anordnen.

§. 25.

In solchen Fällen steht jedoch dem angeschuldigten Beamten oder Angestellten gleichfalls das Recht der Vertheidigung zu, und zwar in den nämlichen Fristen und Formen, welche im §. 16 aufgestellt sind.

§. 26.

Unter dem Ausdruck von Behörden werden in diesem Gesetze auch die Vormundschaftsbehörden und unter demjenigen von Beamten die Vögte und Beisände verstanden.

Wer daher gegen eine Vormundschaftsbehörde oder einen Vogt oder Beisand Klage führen will, hat sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu richten. Diese Bestimmung betrifft jedoch bloß Beschwerden über die laufende Verwaltung, nicht aber Klagen über die Verwaltungsbuchung oder über die Passation derselben, noch Klagen über die Bevogtung, für welche verschiedene Verhandlungen es bei den dahierigen besondern Vorschriften der Vormundschaftsordnung verbleibt. (Egg. 283 u. f., 287 u. f., Egg. 213 u. f. des Zivilgesetzes.)

§. 27.

Wird der beklagte Beamte einer Pflichtverletzung schuldig gefunden, so können außer der Entscheidung über die Sache, gegen den Beklagten selbst folgende Verfügungen, einzeln oder in Verbindung miteinander, getroffen werden:

- 1) Tadel;
- 2) Ueberweisung an die Gerichte, behufs der Abberufung;
- 3) Verantwortlicherklärung für den verursachten Schaden.

§. 28.

Wenn die Verletzung einer Amtspflicht anerkannt ist, so soll die entscheidende Behörde jedesmal die Verantwortlichkeit der beklagten Behörde oder Beamtung aussprechen, für allen Schaden, welcher daraus dem Staate oder der klagenden Partei erwachsen sein mag.

§. 29.

Wird Ueberweisung des beklagten Beamten zur Abberufung erkannt, so ist der dahierige Beschluss bloß als Abberufungsantrag zu betrachten. Die Akten gehen in diesem Falle an den Appellations- und Kassationshof (Gesetz über die Abberufung der Beamten vom), welcher zu entscheiden hat, ob die Sache durch das vorausgegangene Verfahren hinreichend erörtert sei, oder ob ein ferneres Verfahren nach den Bestimmungen des citirten Gesetzes stattfinden solle.

§. 30.

Die Behörde, welche über die Beschwerde oder Anzeige entscheidet, hat in allen Fällen auch über die dahierigen Kosten zu verfügen und den Betrag derselben im nämlichen Entscheide zu bestimmen.

D.

Von der Verantwortlichkeit des Regierungsrathes und des Obergerichts insbesondere.

§. 31.

Beschwerden gegen den Regierungsrath, gegen das Obergericht oder gegen einzelne Abtheilungen desselben sind an den Großen Rath zu richten, und zwar, wenn sie aus der Mitte des Großen Rathes selbst hervorgehen, auf dem Wege der Mahnung, sonst aber durch eigentliche Klage.

§. 32.

Die Klage oder Mahnung soll die genaue Angabe der Thatfachen, worauf sie sich stützt, enthalten, und von dem oder den Beschwerdeführern unterzeichnet, dem Präsidenten des Großen Rathes übergeben, und von diesem, wenn die Behörde versammelt ist, spätestens in der nächstfolgenden Sitzung vorgelegt werden.

§. 33.

Ist im Zeitpunkte des Empfanges der Beschwerde oder Mahnung der Große Rath nicht versammelt, und tritt er nicht vom Empfange derselben hinweg spätestens binnen dreißig Tagen zusammen, so ist der Präsident der Behörde schuldig, den Mit-

gliedern durch ein Kreis Schreiben von der eingelangten Beschwerde oder Mahnung Kenntniß zu geben.

§. 34.

Ist die Mahnung oder Beschwerde nicht auf diese Weise zur Kenntniß der Mitglieder des Großen Rathes gebracht worden, so muß sie zweimal 24 Stunden auf dem Kanzleischreiben liegen haben, bevor zu ihrer Behandlung geschritten werden darf.

§. 35.

Die Verhandlung der Mahnung oder Beschwerde beginnt mit ihrer Verlesung, worauf bei einer Mahnung dem oder den Unterzeichnern das Recht der mündlichen Entwicklung und dem oder den Beklagten dasjenige der vorläufigen Vertheidigung zusteht.

§. 36.

Nach Verlesung der Beschwerde oder Mahnung und allfälliger Entwicklung dieser letztern, und nachdem die vorläufige Vertheidigung angehört, oder die dazu bestimmte Frist unbenützt verstrichen ist, folgt eine allgemeine Umfrage und auf diese die Abstimmung über die Frage, ob die Beschwerde oder Mahnung erheblich zu erklären sei oder nicht.

§. 37.

Spricht die Mehrheit sich für Nichterheblichkeit aus, so ist die Beschwerde oder Mahnung verworfen. Findet hingegen die Mehrheit die Beschwerde oder Mahnung erheblich, so läßt der Präsident ferner abstimmen, ob dieselbe einfach der beklagten Behörde zur Berichterstattung zu überweisen, oder ob eine Kommission zur Untersuchung derselben zu bestellen sei.

§. 38.

Wird das Letztere beschlossen, so erfolgt sogleich die Wahl der Kommission, und zwar durch das Loos; indem die Namen sämtlicher anwesender Glieder des Großen Rathes in eine Ballotendrucke gelegt, und aus dieser durch den Präsidenten 21 Namen herausgezogen werden, von denen der oder die Beklagten und ebenso der oder die Unterzeichner der Mahnung, und bei einer Beschwerde der Präsident, im Namen des oder der Beschwerdeführer, je sieben, ohne Angabe von Gründen, zu verwerfen haben. Die sieben übrig bleibenden Glieder bilden die Untersuchungskommission.

§. 39.

Die Kommission hat binnen einer vom Großen Rathe zu bestimmenden Frist den Gegenstand der Mahnung oder Beschwerde zu untersuchen, zu diesem Zwecke dem oder den Beklagten von der Klage oder Mahnung nebst allfälligen Belegen Kenntniß zu geben, denselben ihre Verantwortung abzufordern, und sobald dieß Verfahren beendigt ist, dem Großen Rathe über das Verhältniß Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen.

§. 40.

Diese Anträge haben die Fragen zu berühren:

- 1) ob die Mahnung oder Beschwerde als unbegründet von der Hand zu weisen sei;
- 2) ob sie in mehrerem oder minderem Maße als gegründet anzusehen sei, und gegen welche Glieder der beklagten Behörde;
- 3) in dem letztern Falle, welche Verfügung gegen den oder die Beklagten zu treffen sei.

§. 41.

Der Große Rath kann nach Anhörung des Berichtes jede nöthig scheinende Vervollständigung der Untersuchung sanordnen, oder sofort entscheiden, und sein Entscheid kann, wenn er die Mahnung oder die Beschwerde ganz oder theilweise gegründet findet, in folgenden Verfügungen bestehen:

- 1) Tadel;
- 2) Verantwortlicherklärung der Beklagten für den aus der Pflichtverletzung erwachsenen Schaden;
- 3) Ueberweisung der Beklagten an die Gerichte behufs der Abberufung;
- 4) Ueberweisung derselben an die Strafbehörden.

§. 42.

Spricht der Große Rath Verantwortlichkeit für den erwachsenen Schaden aus, so geschieht die Verfolgung des dahingehenden Anspruchs nach der Bestimmung der §§. 47 u. f. dieses Gesetzes. Dergleichen finden im Falle der Ueberweisung an den Strafrichter die §§. 6, 7 u. f. Anwendung. Spricht sich hingegen die Behörde für Abberufung aus, so ist der dahingehende Beschluß bloß als Abberufungsantrag zu betrachten, und die Abberufungsfrage selbst geht zur Erledigung an den Appellations- und Kassationshof, welcher dabei nach den Vorschriften des besondern Gesetzes über die Abberufung der Beamten und §. 30 hievon zu verfahren hat, und wenn er selbst die beklagte Behörde ist, durch ein von dem Großen Rathe aus der Zahl der Gerichtspräsidenten des Kantons gewähltes außerordentliches Gericht ersetzt wird.

§. 43.

Ist die Mahnung oder Beschwerde statt gegen den ganzen Regierungsrath oder den ganzen Appellations- und Kassationshof nur gegen einzelne Glieder der einen oder andern dieser Behörden gerichtet, so findet gegen dieselben das nämliche Verfahren Statt, nur daß wenn bloß einzelne Glieder des Appellations- und Kassationshofs der Pflichtverletzung beklagt sind, und vom Großen Rathe ein Antrag auf Abberufung beschloffen wird, kein außerordentliches Gericht bestellt, sondern nur auf dem gewöhnlichen Wege für Ersetzung der angeklagten Glieder gesorgt wird.

§. 44.

Die Bestimmungen der §§. 32, 33 u. f. finden keine Anwendung auf Beschwerden gegen den Regierungsrath, welche bloß die Rechtsgültigkeit einzelner Verfügungen dieser Behörde zum Gegenstande haben, noch auf allfällige Klagen über die Form von Entscheiden des Appellations- und Kassationshofes. Für die einen und andern dieser Beschwerden bleibt es bei den Bestimmungen des Verordnungsreglements des Großen Rathes über die Bittschriftenkommission und bei dem festgesetzten Verfahren derselben.

Es bleibt jedoch sowohl der Bittschriftenkommission bei der Berichterstattung über ihr zugewiesene Beschwerden, als der Staatswirthschaftskommission bei der Berichterstattung über Geschäfte ihres Wirkungskreises unbenommen, wenn sie Gründe dafür zu erkennen glauben, bei dem Großen Rathe auf die Niederlegung einer außerordentlichen Untersuchungskommission anzutragen.

Wenn der Große Rath auf einen solchen Antrag eingeht, so tritt das in den §§. 32 u. f. vorgeschriebene Verfahren ein.

§. 45.

Ein Strafverfahren gegen die Mitglieder des Regierungsraths oder des Appellations- und Kassationshofes für Verhandlungen dieser Behörden findet nicht mehr Statt, wenn die der Klage zu Grunde liegende Handlung aus dem Verwaltungsberichte oder der Jahresrechnung deutlich hervorgeht, und die Gutheißung des Berichtes oder der Rechnung erfolgt ist.

§. 46.

Für Verhandlungen, über welche im Verwaltungsbericht oder in der Jahresrechnung nicht Bericht erstattet worden, oder welche daraus nur undeutlich zu entnehmen waren, erfolgt das Recht auf strafgerichtliche Verfolgung:

- a. durch den Ablauf eines Jahres vom Tage der Abnahme des Verwaltungsberichtes oder der Rechnung, in deren Periode die betreffende Handlung gehört;
- b. durch den Ablauf von sechs Monaten vom Tage des Beschlusses der Ueberweisung an die Strafbehörden durch den Großen Rath, insofern das gerichtliche Verfahren inzwischen nicht eingeleitet worden ist.

E.

Von der Civilklage auf Schadenersatz.

§. 47.

Jede Civilklage gegen Behörden, Beamte oder Angestellte wegen Amtshandlungen setzt die doppelte Bedingung einer Verletzung der Amtspflichten (§. 2) und eines wirklichen, aus dieser Pflichtverletzung entsprungnen Schadens voraus.

§. 48.

Die Civilklage aus einer strafbaren Handlung kann von jedem Beschädigten zu gleicher Zeit und bei demselben Richter, wie die öffentliche Klage, angebracht werden.

Ist sie bei dem Civilrichter besonders angebracht worden, so wird die Verhandlung so lange eingestellt, bis über die vor- oder nachher angebrachte öffentliche Klage endlich entschieden ist.

Ist die Civilklage einmal in Verbindung mit der öffentlichen Klage bei dem Strafrichter anhängig gemacht worden, so kann sie nicht mehr vor die Civilgerichte gebracht werden, mit Ausnahme der Fälle, wo die Strafverfolgung wegen des Todes des Angeklagten, oder aus andern Gründen, nicht fortgesetzt werden kann. (Gesetzbuch über das Verfahren in Rechtsachen. Art. 3.)

§. 49.

Bei nicht strafbaren Widerhandlungen gegen die Amtspflichten fällt sowohl die Erörterung der Frage, ob ein Schaden vorliege, als diejenige der Größe desselben ausschließlich den Gerichten anheim. Die Erörterung über die Existenz einer Verletzung der Amtspflichten hingegen ist bei nicht strafbaren Pflichtverletzungen einzig Sache der kompetenten Administrativbehörden, und die Civilklage erst zulässig auf ein vorausgegangenes Erkenntniß, daß eine Verletzung der Amtspflichten vorliege.

§. 50.

Die Verantwortlicherklärung für den verursachten Schaden in einem Entscheide des Großen Rathes oder der Verwaltungsbehörden nach §. 27, 28 oder 41 dient dem Fiskus oder dem beteiligten Beschwerdeführer zum Titel, um Schadenersatz fordern zu können. Aber er präjudicirt nicht über den Werth der Civilansprüche, deren Erörterung ausschließlich den Gerichten anheimfällt.

§. 51.

Die Verantwortlichkeit der Behörden, Beamten und Angestellten für Schaden, welchen sie durch Verletzung ihrer Amtspflichten verursachen, wird in jeder Beziehung durch das Civilgesetzbuch bestimmt (zweiter Theil, zweites Hauptstück, dritter Titel und Code civil liv. III, Titre 4, chapitre III) und die Verfolgung der Civilklage vor den Gerichten geschieht, mit Ausnahme des in §. 48 gedachten Falles, in den Formen und nach den Vorschriften des Gesetzbuches über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsachen.

§. 52.

Civilansprüche, welche aus der Verantwortlichkeit der Behörden und der Beamten fließen, können unmittelbar gegen den Staat geltend gemacht werden. Das Gericht darf jedoch die Klage gegen den Staat nicht annehmen, bis der Kläger nachgewiesen, daß er sich wenigstens 30 Tage zuvor an den

Regierungsrath gewendet hat. Dem Staate steht das Rückgriffsrecht gegen den Fehlbaren zu (§. 17 der Verfassung).

§. 53.

Der Regierungsrath ist verpflichtet, im Interesse des Fiskus gegen fehlbare Behörden oder Beamte, wenn die Bedingungen des §. 47 vorhanden sind, auf Schadenersatz zu klagen, und wenn der Staat am Platz einer fehlbaren Behörde oder Beamtung um Schadenersatz belangt worden ist, gegen dieselben das Rückgriffsrecht geltend zu machen. Die Wahrung und Verfolgung des Rückgriffs geschieht nach den Vorschriften des Gesetzbuchs über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsachen.

§. 54.

Eine Civilklage des Staates gegen Behörden, Beamte oder Angestellte wegen Schadens, der in Amtshandlungen seinen Grund hat, ist nicht mehr zulässig, wenn die Behörde, der Beamte oder Angestellte über die zu Grunde liegenden Verhandlungen Rechnung abgelegt oder Bericht erstattet, und der Bericht oder die Rechnung die Genehmigung der zuständigen Behörde erhalten hat.

§. 55.

Der Civilanspruch des Staates gegen Behörden, Beamte oder Angestellte auf Schadenersatz wegen Verletzung ihrer Amtspflichten erlischt:

- a. durch den Ablauf eines Jahres von dem Tage der Abnahme des Berichtes oder der Rechnung, in deren Periode die betreffende Handlung gehört;
- b. durch den Ablauf von sechs Monaten vom Tage der Anerkennung der Verletzung der Amtspflichten und der Erklärung der Verantwortlichkeit für die Civilfolgen nach §. 27 und 29 oder §. 41, sofern der Streit in der Zwischenzeit nicht angehoben ist.

Gegen dritte Personen haftet jedoch der Staat für fehlbare Behörden oder Beamte nur so lange, als er selbst auf diese zurückgreifen kann.

§. 56.

Die Bestimmungen der §§. 54 und 55 haben keinen Beauf Civilansprüche des Staates oder von Privaten an Behörden, Beamte oder Angestellte, welche sich nicht auf Beschädigung durch Verletzung der amtlichen Pflichten beziehen, und die im §. 55 enthaltenen außerordentlichen Erfindungsstrafen gelten auch für solche Civilansprüche, deren Grund in amtlichen Handlungen liegt, nur für den Staat.

F.

Von der Verantwortlichkeit des Großen Rathes.

§. 57.

Der Große Rath ist für seine Verhandlungen Niemanden verantwortlich als dem Volke, und das einzige Verfahren, wodurch diese Verantwortlichkeit geltend gemacht wird, besteht in der Anwendung des verfassungsmäßigen Rechts einer außerordentlichen Gesamterneuerung des Großen Rathes.

§. 58.

Desgleichen sind die einzelnen Mitglieder des Großen Rathes für ihre Reden in der Behörde nur dem Großen Rathe selbst für ihre Stimmgebung aber nur Gott und dem eigenen Gewissen verantwortlich.

§. 59.

Kein Mitglied des Großen Rathes darf während den Sitzungen desselben verhaftet, oder in eine peinliche Untersuchung gezogen werden, als mit Bewilligung des Großen Rathes, es sei denn, daß dasselbe auf der That des Verbrechens ergriffen werde (§. 31 der Staatsverfassung).

G.

Schlußbestimmungen.

§. 60.

Dieses Gesetz hat keinen Bezug auf Militärpersonen im aktiven Dienste und militärische Vergehen oder Pflichtverletzungen, hinsichtlich welcher es bei den besondern Vorschriften und Bestimmungen der Militärstrafgesetze verbleibt.

Entworfen vom Regierungspräsidenten.

Bern, den 1. November 1850.

Vom Regierungsrathe genehmigt und vor den Großen Rath gewiesen,

Bern, den 12. November 1850.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,
Ed. Blösch.

Der Rathschreiber,
M. v. Stürler.

Dekreteentwurf

betreffend

die Forstverwaltung im Jura.

Der Große Rath des Kantons Bern,

in Erwägung:

daß die Zahl der Gemeindeförster im Jura ohne Nachtheil für den Geschäftsgang bedeutend vermindert werden kann;

daß, wie die Erfahrung bewiesen, die nach allgemein üblicher Weise ernannten Gemeindeförstere die Frevler nicht gehörig beaufsichtigen;

in der Absicht, die Forstbeamten auf die absolut erforderliche Zahl zu beschränken, und eine für die Abhörung der Vergehen wirksamere Polizei zu erhalten;

b e s c h l i e ß t :

§. 1.

Der Regierungsrath ist ermächtigt, den Dienst der Gemeindeförster durch die Staatsförster versehen zu lassen, und diejenigen Gemeindeförsterstellen aufzuheben, deren Verrichtungen an andere Forstbeamte übertragen werden können.

§. 2.

Die Gemeindeförstere werden durch die Gemeinderäthe auf eine Zeit von drei Jahren ernannt.

§. 3.

Alle mit diesem Dekrete im Widerspruche stehenden Bestimmungen des Forstreglements für den Jura vom 4. Mai 1836 sind hiermit aufgehoben.

Gegeben in Bern, den

Vom Regierungsrathe genehmigt und nebst den Beilagen mit Empfehlung vor den Großen Rath gewiesen; — den 4. November 1850.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

G. d. Blösch.

Der Staatschreiber,

A. Wehermann.

der Oberländerkasse die Herbeischaffung außerordentlicher Hülfsmittel erfordern,

beschließt:

- 1) Der Regierungsrath ist ermächtigt, zu Handen des Staates ein Anleihen von 800,000 Fr. neuer Schweizerwährung oder 552,000 Fr. gegenwärtiger Währung aufzunehmen.
- 2) Es bleibt ihm überlassen, dieselben entweder durch Eröffnung eines Kredites bei der Kantonalbank, oder durch Benützung des Staatskredits mittelst Ausgaben von verzinslichen und auf eine bestimmte Zeit von höchstens vier Jahren gestellten Staatsschuldcheinen zu einem Zinsfuß von nicht mehr als 4 Prozent ganz oder theilweise sich zu verschaffen.
- 3) Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung und weitem Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Gegeben

Bern, den 26. Oktober 1850.

Der Direktor der Finanzen:

Fueter.

Entwurf eines Dekretes

zu

Aufnahme eines Anlehens.

Der Große Rath des Kantons Bern,
in Betrachtung,

daß die gegenwärtigen Hülfsmittel und ordentlichen Einnahmen des Staates zu Bestreitung der auf bestehende gesetzliche Vorschriften und Beschlüsse sich gründenden Ausgaben der Verwaltung nicht hinreichen, und namentlich die Bedürfnisse

Vom Regierungsrathe genehmigt und unter Zurückziehung des frühern regierungsräthlichen Entwurfs dem Großen Rathe überwiesen,

Bern, den 28. Oktober 1850.

Namens des Regierungsrathes:

Der Präsident,

G. d. Blösch.

Der Rathschreiber:

M. v. Stürler.